Deutscher Bundestag **Drucksache 16/14078**

16. Wahlperiode 24. 09. 2009

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/3838 –

Gründung eines Deutschen Biomasseforschungszentrums vorantreiben

A. Problem

Die Biomasse hat ein großes und bis heute energetisch ungenutztes Potential, mit dem ca. 15 bis 20 Prozent des Primärenergiebedarfs gedeckt werden könnten. Dabei ist Bioenergie unter klimaschutztechnischen Gesichtspunkten im Vergleich zu fossilen Brennstoffen aufgrund der weitgehenden CO_2-Neutralität von großen Vorteilen. Biomasse kann vielfältig zur Energiebereitstellung genutzt werden, da sie mit Hilfe von Konversionstechnologien nicht nur in Strom, sondern alternativ in Wärme und Biokraftstoffe umgewandelt werden kann.

B. Lösung

Die Forschungskapazitäten für die Biomasseforschung müssen gebündelt werden. Dabei ist gerade Grundlagenforschung und deren Förderung im Bereich der regenerativen Energien unverzichtbar. Auch im Hinblick auf die Entwicklungschancen für die deutsche Wirtschaft soll ein Deutsches Biomasseforschungszentrum baldmöglichst gegründet und möglichst im Verbund mit den Universitäten Leipzig und Halle betrieben werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3838 abzulehnen.

Berlin, den 21. März 2007

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt Vorsitzende	**Eberhard Gienger** Berichterstatter	**René Röspel** Berichterstatter	**Cornelia Pieper** Berichterstatterin
	Dr. Petra Sitte Berichterstatterin	**Priska Hinz (Herborn)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Eberhard Gienger, René Röspel, Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3838** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an die Ausschüsse für Wirtschaft und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der FDP erklärt, dass das große und bis heute energetisch weitgehend ungenutzte Potential der Biomasse künftig in seiner Gesamtheit systematisch erforscht werden müsse, um so die Biomasse in den Energiemix der Zukunft breit einzubeziehen. Gegenwärtig werde das Potential der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe nicht ausreichend genutzt; so seien nur 4,6 Prozent des Primärenergiebedarfs im Jahr 2005 durch erneuerbare Energien gedeckt worden, wovon etwa 70 Prozent auf Biomasse entfielen.

Unter klimaschutztechnischen Gesichtspunkten weise die Bioenegerie im Vergleich zu den fossilen Brennstoffen den Vorteil weitgehender CO_2-Neutralität auf. Biomasse könne somit vielfältig zur Energiebereitstellung genutzt werden, denn sie könne mit Hilfe von Konversionstechnologien nicht nur in Strom, sondern alternativ auch in Wärme und Biokraftstoffe umgewandelt werden.

Die Forschung für Biomasse müsse auch die Züchtung von Sorten speziell für die Nutzung als Energiepflanzen, die Entwicklung von technischen Anlagen zur thermischen Verwertung von Biomasse zur Stromerzeugung sowie die Herstellung von Kraftstoffen beinhalten. Der Anbau schnell wachsender Forstpflanzen zur energetischen Nutzung mit der Erzeugung von Wertholz bei hoher ökologischer Wertigkeit der genutzten Flächen müsse durch Neuentwicklung von Anbautechniken entwickelt werden.

Da die Biomasse zur Energiebereitung vielfältig genutzt werden könne, sei es an der Zeit, die Forschungskapazitäten für die Biomasseforschung zu bündeln. Dabei sei gerade die Grundlagenforschung und deren Förderung unverzichtbar, auch unter dem Gesichtspunkt: Entwicklung von Spitzentechnologien für die breite Nutzung von Biomasse als Entwicklungschance für die deutsche Wirtschaft.

Insbesondere seien folgende Schritte notwendig:

– die Voraussetzungen für die Gründung eines Deutschen Biomasseforschungszentrums noch in diesem Jahr zu schaffen,
– mit ihrer Standortentscheidung zugleich auch das eigene Ziel umzusetzen, die nächste Großforschungseinrichtung in den neuen Bundesländern als nationales Forschungszentrum in Mitteldeutschland einzurichten, das u. a. die Kompetenzen des Umweltforschungszentrums Leipzig/Halle, des Instituts für Energetik und Umwelt Leipzig, der Martin-Luther-Universität Halle/Saale und des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben bündelt,
– das Deutsche Biomasseforschungszentrum fest in die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren zu integrieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3838 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3838 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3838 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 21. März 2007 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3838 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führt aus, dass das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) federführend sei und bereits einen Auftrag zur Standortbestimmung für das Biomasseforschungszentrum erteilt habe. Die Fraktion nehme zur Kenntnis, dass Halle/Leipzig als Standort in Betracht gezogen werde. Allerdings sei aber auch Hohenheim in Baden-Württemberg eine geeignete Alternative. In dem Antrag der Fraktion der FDP werde zu Recht die Bedeutung nachwachsender Rohstoffe für den Energiemix der Zukunft herausgestellt. Zutreffend sei auch, dass die Forschungskapazitäten gebündelt und die Grundlagenforschung gestärkt werden sollten.

Unzutreffend sei jedoch die Behauptung, die Bundesregierung habe bislang noch keine erkennbaren Schritte in diese Richtung unternommen. Die Forderungen, die Grundlagenforschung in diesem Bereich zu fördern und die Forschungskapazitäten für die Biomasseforschung zu bündeln, würden bereits umgesetzt bzw. befänden sich in der Endabstimmung. Die Bundesregierung habe für Mitte 2007 ein neues Programm zur Grundlagenforschung angekündigt. Die Nutzung von Bioenergie und die Biomasseforschung bildeten hierbei

Programmschwerpunkte. Eine Integration des Biomasseforschungszentrums in die Helmholtz-Gemeinschaft werde – wie geplant – stattfinden. Allerdings sei eine feste Integration in die Helmholtz-Gemeinschaft – wie von der Fraktion der FDP beabsichtigt – aufgrund der Federführung des BMELV nicht zweckmäßig.

Aufgrund der jetzigen Planungen sei eine frühzeitige Koordinierung und Abstimmung im Bereich der Biomasseforschung gewährleistet. Der Abstimmungsprozess zwischen den beteiligten Ressorts – BMELV, Bundesminsterium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorforschung (BMU) – sei bereits weit fortgeschritten. Die Fraktion der CDU/CSU werde den Antrag der Fraktion der FDP ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** ist der Ansicht, der Antrag der Fraktion der FDP habe tendenziell die richtige Zielrichtung. Die Fraktion der SPD habe bereits in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden in der Koalition mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine fortschrittliche Energie- und Umweltpolitik – z. B. das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Biomasseverordnung – teilweise gegen Widerstände der Opposition durchgesetzt. Sie befinde sich somit seit einigen Jahren auf einem guten Weg.

Es sei jedoch ein gewisser Widerspruch, einerseits auf Exzellenz zu pochen und andererseits den regionalen Aspekt bei der Standortentscheidung hervorzuheben. Entweder man stelle allein auf Exzellenz ab oder man räume ein, dass regionale Komponenten ggf. auf Kosten der Exzellenz berücksichtigt werden sollten. Es gebe durchaus gute Gründe, wie etwa die vorhandenen Vernetzungsstrukturen, für den Standort Leipzig/Halle. Die Details des Abwägungsprozesses für eine rationale und gut begründete Standortentscheidung für das Biomasseforschungszentrum sollten den Ressorts der Bundesregierung überlassen bleiben.

Die antragstellende **Fraktion der FDP** hebt hervor, dass es einen strategischen und einen politischen Ansatz für ein Biomasseforschungszentrum gebe. Zum strategischen Ansatz sei festzustellen, dass die Bundeskanzlerin die Themen Energieforschung und Klimaforschung als EU-Ratspräsidentin zu den zentralen Themen auch während ihrer Präsidentschaft gemacht habe. Die Herausforderungen des Klimawandels seien bekannt. Man wisse, dass die sog. regenerativen Energieträger und ihre großtechnische Nutzung weiter in den Vordergrund rücken würden. Es gebe ein großes ungenutztes Potenzial dieser Energieträger und es gebe verschiedene Forschungsansätze zunehmend auch in Bezug auf die Nutzung von Biomasse. Diese habe unter klimaschutztechnischen Gesichtspunkten im Vergleich zu den konventionellen Brennstoffen den Vorteil, dass sie zu einer ausgeglichenen CO_2-Bilanz führe. Biomasse könne vielfältig zur Energiebereitstellung genutzt werden, da sie mit Hilfe von Konversionstechnologien nicht nur in Strom, sondern auch in Wärme und Biokraftstoffe umgewandelt werden könne.

Die Fraktion der FDP halte deshalb eine Fortführung der Grundlagenforschung zur Biomasse für unverzichtbar. Diese müsse in einem Biomasseforschungszentrum gebündelt werden. Zum politischen Ansatz weise sie darauf hin, dass die vorherige Bundesregierung eine Zusage für den Bau und den Betrieb des Deutschen Biomasseforschungszentrums gegeben habe. Sie habe das Vorhaben in den Bundeshaushalt für das Jahr 2007 eingestellt. Aus ihrer Sicht sei die Entscheidung über ein Biomasseforschungszentrum des Bundes längst überfällig. Aus der Bundesregierung seien im vergangenen Jahr unterschiedliche Aussagen zu dem Projekt gekommen. Hierbei sei auch eine Beteiligung des BMBF an der Entscheidung in Frage gestellt und damit der forschungspolitische Ansatz in Zweifel gezogen worden.

Die Fraktion der FDP unterstütze die Forderung, das Biomasseforschungszentrum in den neuen Bundesländern anzusiedeln. Sie spreche sich für den Standort Leipzig/Halle aus, wobei eine entsprechende Vernetzung stattfinden und das Zentrum als Innovationscluster konzipiert werden sollte. Das Umweltforschungszentrum in Leipzig sei auf den Leipziger Raum begrenzt. Gerade für die Biomasseforschung brauche man jedoch ein nationales Forschungszentrum, das auch exzellente außeruniversitäre Institute sowie die Martin-Luther-Universität mit einbinde. Letztere werde künftig die einzige ostdeutsche Universität mit einer landwirtschaftlichen Fakultät sein, die zudem eine Besetzung von neuen Lehrstühlen mit biotechnologischer Ausrichtung vorbereite. Ein solcher Innovationscluster könnte – im Hinblick darauf, dass es in den neuen Bundesländern keine Großforschungseinrichtungen gebe – als Motor für die Grundlagenforschung fungieren. In einer strukturschwachen Region wie Ost- und Mitteldeutschland sollte ihrer Ansicht nach eine Großforschungseinrichtung aufgebaut werden, die denjenigen in Jülich und Karlsruhe vergleichbar sei.

Das Biomasseforschungszentrum solle in die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren integriert werden. Das BMELV verfolge insoweit offenbar eine andere Strategie. Es sei falsch, das geplante Biomasseforschungszentrum als reine Serviceeinrichtung für die Landwirtschaft zu betreiben.

Die **Fraktion DIE LINKE.** weist auf die Koalitionsvereinbarung hin, wonach Großforschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern angesiedelt werden sollen. Die Diskussion um den Standort für ein Biomasseforschungszentrum nehme vor diesem Hintergrund ihrer Ansicht nach zum Teil bizarre Züge an. Es komme darauf an, wo das notwendige Forschungspotenzial vorhanden sowie gleichzeitig eine günstige Einbindung und Vernetzung eines Biomasseforschungszentrums gewährleistet sei. Insofern sei das Potenzial, das aus den Hochschulen vorhanden sei, nach ihrem Dafürhalten von entscheidender Bedeutung.

Zu diesem Thema müsse nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. nunmehr systematisch geforscht werden. Die vorhandenen Initiativen und Aktivitäten seien nicht in dem Umfang miteinander vernetzt, wie es notwendig wäre. Der Antrag der Fraktion der FDP sei auch insoweit hilfreich, als er in zeitlicher Hinsicht Druck erzeuge. Zur Halbzeit der Wahlperiode sollten die entscheidenden Fragen aus der Koalitionsvereinbarung bereits beantwortet sein.

Auf die generelle Bedeutung der Biomasseforschung sei bereits hingewiesen worden. Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. sollten auch die Fragen der transgenen Pflanzen zweiter und dritter Generation bei der Konzipierung eines Biomasseforschungszentrums eine Rolle spielen.

Bei der Standortfrage komme dem kooperativen Ansatz ihrer Ansicht nach große Bedeutung zu. Auch insoweit werde der Antrag der Fraktion der FDP unterstützt.

Eine andere Auffassung vertrete die Fraktion DIE LINKE. lediglich bei der Frage der Zuordnung zur Helmholtz-Ge-

meinschaft. Zwar sei es grundsätzlich richtig, den Bereich Forschung beim BMBF zu konzentrieren. Allerdings sollte die Frage der Federführung durch das BMELV nicht dazu führen, dass die Entscheidung über den Standort des Biomasseforschungszentrums erneut verzögert werde. Deshalb sollte es aus pragmatischen Gründen bei dessen Federführung bleiben. Insgesamt stimme die Fraktion DIE LINKE. dem Antrag der Fraktion der FDP zu.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** macht deutlich, dass sie die Einrichtung eines Biomasseforschungszentrums unterstütze, es jedoch ihrer Ansicht nach nicht um eine Großforschungseinrichtung gehen könne. Es sei wichtig zu definieren, welche Aufgaben eine solche Forschungseinrichtung erfüllen solle. Der Schwerpunkt liege ihrer Ansicht nach auf der Forschung, weshalb eine Federführung des BMBF notwendig sei. Es solle angestrebt werden, das Biomasseforschungszentrum in Kooperation mit einem bereits bestehenden, renommierten Institut einzurichten.

Um die besten Standort- und Ausgangsbedingungen für ein solches Forschungsinstitut zu gewährleisten, sei eine Ausschreibung geboten. Eine Vorfestlegung auf den Standort Halle/Leipzig sei nicht einleuchtend. In der Tendenz sei das Anliegen der Fraktion der FDP unterstützenswert. Wegen der genannten Kritikpunkte werde sich die Fraktion BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN im Ergebnis jedoch der Stimme enthalten.

Die **Bundesregierung** erinnert daran, dass es in den neuen Bundesländern bereits einige wichtige Forschungseinrichtungen mit nationaler Bedeutung gebe. Für ein Biomasseforschungszentrum seien im Haushalt für das Jahr 2007 2 Mio. Euro vorgesehen, so dass die haushälterischen Voraussetzungen für eine Umsetzung der politischen Entscheidung des Bundeskabinetts für eine Errichtung eines solchen Zentrums gegeben seien.

Das Thema Biomasse habe innerhalb der Forschungskonzeption der Bundesregierung eine große Bedeutung. Das BMELV habe ein internes Standortranking durchgeführt. Derzeit werde geprüft, ob die „best-gerankten“ potenziellen Standorte alle notwendigen Voraussetzungen erfüllten. Ebenso würden Gespräche mit den potenziell betroffenen Bundesländern geführt.

Der Antrag der Fraktion der FDP sei insoweit widersprüchlich, als einerseits gefordert werde, eine getroffene Standortentscheidung solle umgesetzt werden, und anderseits angemahnt werde, eine Standortentscheidung zu treffen. Dem BMBF erscheine es darüber hinaus nicht zielführend, zu postulieren, das Deutsche Biomasseforschungszentrum solle in die Helmholtz-Gemeinschaft integriert werden. Die Federführung liege thematisch beim BMELV. Eine enge Kooperation mit existierenden Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft liege allerdings auch im Interesse des BMBF, wenn zugleich eine klare thematische Abgrenzung gewährleistet sei.

Weiterhin erläutert die Bundesregierung zur Verfahrensdauer, dass zunächst zwei inhaltliche Diskussionen zum endgültigen Abschluss gebracht werden müssten. Dies sei zum einen die Aufstellung eines Biomasseaktionsplans, der voraussichtlich bis zur Sommerpause 2007 erstellt sein werde. Zum anderen sei in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts zu klären, welche Nutzungsprioritäten, welche Nutzungsmethoden und welche Konversionsmethoden für das Biomasseforschungszentrum angewandt werden sollen.

Auf Wunsch der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD werde die Ressortforschung im BMELV derzeit neu ausgerichtet. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe vor kurzem das Ergebnis einer aufwändigen internen Evaluierung bekannt gegeben. Zum Bereich Biomasse sei hierbei entschieden worden, dass in bestehenden Einrichtungen, die sich ganz überwiegend in den alten Bundesländern befänden, schwerpunktmäßig Fragen der stofflichen Nutzung bearbeitet werden sollen. Beispielsweise habe die Bundesanstalt für Holz und Forstwirtschaft in Hamburg exzellente Verfahren auf dem Gebiet der Zellstoffverarbeitung entwickelt. Diese Kompetenz wolle man auch in Zukunft nutzen.

Darüber hinaus sei im Rahmen der Vorgaben der Koalitionsvereinbarung entschieden worden, dass Fragen der energetischen Nutzung der Biomasse in einem neu aufzubauenden Forschungszentrum bearbeitet werden sollen. Es sei sinnvoll, bei diesem Konzept mit anderen Forschungseinrichtungen zu kooperieren. Beim internen Ranking liege der Standort Leipzig auf Platz 1. Die bereits erwähnte Auswertung des Rankings und die Verhandlungen befänden sich auf gutem Wege, so dass man mit der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2008 habe beginnen können. Dies setze z. B. einen Wirtschaftsplan, ein Personaltableau und Investitionsvorstellungen voraus.

Es sei beabsichtigt, das Biomasseforschungszentrum in der Rechtsform einer GmbH zu gründen. Hierfür sollen Mittel für den Haushalt 2008 vorgesehen werden. Es habe sehr erfolgreiche Gespräche mit anderen Ressorts. Auch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) werde sich als für die Kraftstofftechnologie federführendes Ressort auf der Grundlage einer Verabredung auf Staatssekretärsebene finanziell beteiligen. Es sei beabsichtigt, in den Haushalt 2008 4 Mio. Euro für das Biomasseforschungszentrum einzustellen. In der weiteren Aufbauphase sollen dann die jeweils notwendigen Investitionssummen eingestellt werden. Rechne man die finanzielle Beteiligung von BMU und BMVBS hinzu, so könne man von einem Jahresbudget in der Größenordnung von 5 Mio. Euro ausgehen. Man rechne damit, dass ca. 100 wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Biomasseforschungszentrum beschäftigt sein würden. Von einer Großforschungseinrichtung könne daher hier nicht gesprochen werden.

Berlin, den 21. März 2007

Eberhard Gienger
Berichterstatter

René Röspel
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333